
Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte
Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris
(Institut historique allemand)
Band 3 (1975)

DOI: 10.11588/fr.1975.0.48387

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

KURT KOSZYK

PRESSEPOLITIK UND PROPAGANDA
IM ERSTEN WELTKRIEG

Wer über Pressepolitik und Propaganda im Ersten Weltkrieg schreibt, läuft Gefahr in mehrfacher Hinsicht:

1. wird er mit einer Fülle propagandistischer Literatur konfrontiert, die im Gefolge des Krieges erschienen ist;
2. hat er mit den umlaufenden Stereotypen über Kriegsschuld, Kriegsziele etc. zu rechnen, von denen er sich gleichzeitig emanzipieren soll;
3. begibt er sich, wenn er ein Problem in der einen oder anderen Richtung zu entscheiden sucht, ungewollt in die Gesellschaft von Interpreten, die er ansonsten vielleicht ablehnt;
4. wird von ihm erwartet, daß er nicht nur punktuell die Struktur des Forschungsobjekts behandelt, sondern den prozessualen Charakter und die verwickelten Verflechtungen mit den korrespondierenden oder den antagonistischen politischen Systemen.

Alles dies muß bei der gebotenen Kürze dieses Beitrags berücksichtigt werden.

Um mit einer Definition zu beginnen: Pressepolitik hat es vornehmlich mit der Organisation der vom Staat bestimmten Informationspolitik zu tun. Propaganda betrifft das Verfahren und den Inhalt der von dieser Organisation infiltrierten Kommunikationsprozesse. Zweifellos schlägt sich in der Propaganda der institutionelle Rahmen der Pressepolitik nieder. Propaganda ist aber mehr als Pressepolitik soziales Handeln, denn in ihr drückt sich das aus, was die Pressepolitik konkret leisten will und zu leisten vermag. In diesem Sinne will Propaganda:

1. soziale Fixierungen (Stereotypen) in gezielte soziale Prozesse transponieren;
2. Identifikationen mit Herrschaftsverhältnissen bewirken, ohne den Umweg über die Klärung der Interessenlage;
3. Wünsche bei den Zielpersonen aktivieren, deren Erfüllung objektiv unreal ist, aber als realisierbar vorgestellt wird;
4. innenpolitisch die Zusammenfassung aller nach außen gegen den Gegner gerichteten Energien des Volkes;
5. außenpolitisch die Verschleierung von Schwächen und die Demonstration einer in Wirklichkeit nicht vorhandenen Stärke.

Kriegspropaganda versucht, den Gegner zu verteufeln und dadurch den Angriff als Defensive akzeptabel zu machen. Sie nimmt den Staatsbürger ungefragt in Anspruch, indem sie eine Interessenidentität zwischen Staatsraison (Vaterlandsliebe) und Individuum konstruiert. Sie verheißt Belohnung mit der Gedankenkette Kriegsziele, Sieg, Annexionen, Reparationen, Weltmacht¹.

Propaganda läßt sich in der Geschichte schon sehr früh nachweisen in den diplomatischen Schriftstücken des Mittelalters und in den Denkmälern der Antike. Ihre institutionelle Basis hat sie aber erst im 19. Jahrhundert erhalten. Als wichtigste Vorläufer dieser Entwicklung dürfen Gustav II. Adolf König von Schweden, Friedrich II. von Preußen und Napoleon I. gelten².

Allen propagandabewußten Herrschern war klar, daß Informationspolitik flankierender Maßnahmen bedarf. So entstand in der frühen Neuzeit die Zensur als zunächst kirchliche Einrichtung gegenüber der damals aufkommenden gedruckten Publizistik. Solange es keine Instrumente der sozialen Kommunikation gab, wie sie erstmals nach Einführung der Druckpresse auftauchten, war es relativ einfach, der Öffentlichkeit Informationen vorzuenthalten. Zudem bestand eine Identität zwischen jenen, die Herrschaft ausübten, und jenen, die über die Informationen verfügen konnten. Erst die großen Revolutionen seit dem 17. Jahrhundert haben den Charakter der Öffentlichkeit grundlegend verändert³ und damit neue Voraussetzungen für die Propaganda geschaffen. Die politische Presse begann sich seit dem 18. Jahrhundert immer mehr durchzusetzen, und Pressepolitik wurde zu einem integralen Bestandteil jeder erfolgreichen Politik. Unter den Staatsmännern des 19. Jahrhunderts war Bismarck mit seinen publizistischen Fähigkeiten keine Einzelercheinung, wenn auch

¹ Vgl. Karl-Dieter OPP, *Soziales Handeln, Rollen und soziale Systeme*. Stuttgart 1970, insbes. S. 161 ff.

Vgl. auch den systematisierenden Versuch von Preben WOLSTRUP, *Die Strategie der Propaganda*. Bad Godesberg, Kopenhagen 1962, S. 9 ff.

Zur Geschichte vgl. die populären Darstellungen von Alfred STURMINGER, *3000 Jahre politische Propaganda*. Wien 1960, und Hanns BUCHLI, *6000 Jahre Werbung*. 3 Bde. Berlin 1962–66.

² Vgl. Göran RYSTAD, *Kriegsnachrichten und Propaganda während des Dreißigjährigen Krieges*. Lund 1960.

– Hans JESSEN, *Die Nachrichtenpolitik Friedrichs des Großen im 7jährigen Krieg*, in: *Zeitungswissenschaft*, Berlin. 15. Jg, 1940, H. 11/12, S. 632–664.

– Robert B. HOLTMANN, *Thought Control in Napoleon's Satellite Countries*, in: *Gazette*, Leiden. Vol. IV, 1958, Nr 3, S. 209–218.

– Hubert KLEIN, *Napoleon und die Presse*. Phil. Diss. Bonn 1918.

– Zum ganzen Margot LINDEMANN, *Deutsche Presse bis 1815*. Berlin 1969, S. 93 ff., 115 ff. und 257 ff.

³ Vgl. Jürgen HABERMAS, *Strukturwandel der Öffentlichkeit*. Neuwied 1965.

– Franz SCHNEIDER, *Pressefreiheit und politische Öffentlichkeit*. Neuwied 1966. – Kurt KOSZYK, *Vorläufer der Massenpresse*. München 1972.

die virtuoseste Persönlichkeit⁴. Ein Resümee aus den Erfahrungen seit der Mitte des 19. Jahrhunderts hat Paul Eltzbacher⁵ gezogen. Er berücksichtigte dabei die »Preßarbeit« in Frankreich und England⁶. Ganz deutlich wird, daß man zu diesem Zeitpunkt in Deutschland relativ wenig über die Organisation der Propaganda in den gegnerischen Staaten wußte. Erst nach Kriegsende sind einzelne Publikationen erschienen, die das ganze Ausmaß der alliierten Propaganda erkennen lassen⁷. Während der Weimarer Zeit und unter dem nationalsozialistischen Regime sind vor allem auf deutscher Seite zahlreiche Publikationen erschienen, die sich mit dem Ausmaß der alliierten Propaganda beschäftigten, um auf diese Weise Entschuldigungsgründe für die deutsche Niederlage zu finden⁸. Die Öffnung der Archive und die Notwendigkeit der Revision mancher Darstellungen über die Propaganda, die selbst wieder propagandistischen Charakter trugen, hat einige neue Untersuchungen hervorgebracht⁹. Naturgemäß können diese Publikationen nicht alle in sie gesetzten Erwartungen erfüllen. Um eine umfassende Analyse anstellen zu können, müßten alle erreichbaren Akten, die gesamte internationale Literatur und ein repräsentativer Querschnitt der internationalen Presse herangezogen werden.

⁴ Vgl. Eberhard NAUJOKS, *Bismarcks auswärtige Pressepolitik und die Reichsgründung (1865–1871)*. Wiesbaden 1968.

Vgl. auch meinen zusammenfassenden Beitrag in: *Handbuch der Publizistik*. Hrsg. v. Emil DOVIFAT. Bd 3, S. 76 ff.

⁵ *Die Presse als Werkzeug der auswärtigen Politik*. Jena 1918.

⁶ ebda, S. 24 ff. und 35 ff.

⁷ Vgl. etwa Edward COOK, *The Press in war-time*. London 1920.

⁸ Vgl. Georg HUBER, *Mittel und Ziele der französischen Propaganda im Weltkrieg gegen Deutschland 1914–1918*. Phil. Diss. München 1927.

– Hans THIMME, *Weltkrieg ohne Waffen*. Stuttgart 1932.

– Hermann WANDERSCHECK, *Weltkrieg und Propaganda*. Berlin 1936.

– Konrad MORGEN, *Kriegspropaganda und Kriegsverhütung*. Rechtsw. Diss. Frankfurt 1936, Leipzig 1936.

– Hermann WANDERSCHECK, *Frankreichs Propaganda gegen Deutschland*. Berlin 1940.

– Eugen LAHR, *Französische Kriegszielpropaganda am Ende des Weltkrieges*. Essen 1941. Auffallenderweise wurden die russische und die amerikanische Pressepolitik nicht behandelt.

⁹ Vgl. etwa Gilbert ZIEBURA, *Die deutsche Frage in der öffentlichen Meinung Frankreichs von 1911–1914*. Berlin-Dahlem 1955.

– Heinz-Otto SIEBURG, *Deutschland und Frankreich in der Geschichtsschreibung des 19. Jahrhunderts (1848–1871)*. Wiesbaden 1958.

– Kurt KOSZYK, *Deutsche Pressepolitik im Ersten Weltkrieg*. Düsseldorf 1968.

– Thomas C. SORENSEN, *The Word War. The Story of American Propaganda*. New York 1968.

– George T. BLAKEY, *Historians on the Homefront. American Propagandists for the Great War*. Lexington, Kentucky 1970.

– Deian HOPKIN, *Domestic Censorship in the First World War*, in: *The Journal of Contemporary History*. London, Vol. 5, 1970, Nr 4, S. 151–169.

– Klaus WERNECKE, *Der Wille zur Weltgeltung. Außenpolitik und Öffentlichkeit im Kaiserreich am Vorabend des Ersten Weltkriegs*. Düsseldorf 1970.

Daß diese Aufgabe nicht einmal auf der nationalen Ebene gelöst werden konnte, hat Pierre Renouvin in seinem Aufsatz »Die öffentliche Meinung in Frankreich während des Krieges 1914–1918« sehr richtig festgestellt¹⁰: »Die Geschichte der öffentlichen Meinung in Frankreich während des Krieges ist . . . ein ausgedehntes, fast noch unerforschtes Gebiet. Es verlangt den Einsatz einer ganzen Gruppe von Forschern.« Man muß hinzufügen, daß die in Deutschland weit verbreitete isolierte Arbeitsweise ein großes Hindernis für die Überwindung der mit der Darstellung der Pressepolitik und Propaganda im Ersten Weltkrieg verbundenen Schwierigkeiten bedeutet.

Außerdem hat sich die Geschichtsschreibung selten um die Massenkommunikation gekümmert, deren Institutionen von Deian Hopkin als die wichtigsten Faktoren in der politischen und sozialen Struktur der Gesellschaft bezeichnet werden¹¹. Auch Hopkin sieht die zahlreichen Schwierigkeiten, die der Forschung auf dem Gebiet entgegenstehen: »Die gewöhnlichen Probleme der Quantifizierung und Analyse werden durch die Doppeldeutigkeit von Begriffen wie ›Öffentliche Meinung‹ und ›Propaganda‹ kompliziert, und die Haufen von Zeitungsmaterial machen eine Erforschung äußerst mühsam. Es ist nicht nur schwierig, in der Retrospektive Zeitungskommentare mit Ereignissen in Beziehung zu setzen; es ist noch schwieriger, die unpersönliche Fassade der Presse zu durchdringen und die Verfasser und Redakteure, die in Wirklichkeit die Zeitungen sind, zu untersuchen. Der größere Teil dieser Basisarbeit ist noch zu leisten.«

Zensur

Im Laufe der Jahrhunderte hat die Organisation von Behörden international ähnliche Züge angenommen. Das gleiche gilt für die Struktur der Zensur, deren Abschaffung im 19. Jahrhundert in fast allen europäischen Kulturstaaten durchgesetzt werden konnte. An ihre Stelle trat die Beobachtung der Presse, die mit mehr oder weniger Erfolg betriebene Inspiration einzelner Journalisten und Zeitungen¹² und das Zusammenspiel gesellschaftlicher Interessengruppen mit der Regierung¹³. Im Vorder-

¹⁰ In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte. Stuttgart. 18. Jg, 1970, H. 3, Juli, S. 242. R. erwähnt die Anweisungen der frz. Zensur, die in der »Bibliothèque de documentation internationale contemporaine« in Nanterre/Paris aufbewahrt werden (ebda, S. 240).

¹¹ HOPKIN, a.a.O., S. 151. H. beklagt die nach der Freigabe 1966 festgestellten Kassationsverluste britischer Zensurakten im Public Record Office in London.

¹² Vgl. K. WERNECKE, a.a.O., S. 19 ff.

¹³ Vgl. dazu Volker H. BERGHAHN und Wilhelm DEIST, Kaiserliche Marine und Kriegsausbruch 1914, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 1/1970, S. 37, Anm. 2.

grund standen meistens militärische Gesichtspunkte als Ausdruck des Denkens im Zeitalter des Imperialismus. Die militärische Stärke war nach damaliger Auffassung die Grundlage der Weltgeltung einer Nation und dementsprechend auch die Grundlage der Außenpolitik. Auch in dem angeblich so pressefreundlichen Großbritannien betrieb das Kriegsministerium seit 1899 in regelmäßigen Abständen je nach den Bedürfnissen die Einführung einer Zensur¹⁴. In den Jahren diplomatischer Spannung vor 1914 gelangte man in England zu einer formellen Absprache zwischen den Verlegern und der Regierung auf »freiwilliger Basis«. Dieses System, das in Frankreich und in Deutschland in ähnlicher Form, wenn auch weniger konkretisiert funktionierte, war eine wesentliche Vorbedingung für das rasche Einschwenken der gesamten Presse in den jeweiligen Ländern auf die Linie der nationalen Kriegspolitik.

Es gab also praktisch in allen kriegführenden Ländern 1914 ein allgemein akzeptiertes System der Pressekontrolle, das sich nur wenig unter der Schwelle der Zensur bewegte. Am 7. August 1914 wurde in London das offizielle Presse-Bureau gegründet, dessen Chef ein Zivilist war, unter dem aber hauptsächlich Marine- und Heeresoffiziere arbeiteten¹⁵. Während das Presse-Bureau in England dem Innenministerium unterstand, war in Deutschland das Kriegsministerium und in Frankreich das Auswärtige Amt für die entsprechenden Einrichtungen zuständig,¹⁶ aber die Durchführung der eigentlichen Zensur oblag ebenfalls den Militärs. In allen kriegführenden Staaten war der Primat des Militärischen im Bereich der Pressepolitik und der Propaganda unbestritten. Die Zensurpraxis war im großen und ganzen ähnlich, allerdings enthält die französische Presse im Gegensatz zur deutschen zahlreiche Zensurlücken.

Je ungewisser es wurde, den Krieg zu gewinnen, desto stärker traten in allen Kriegsstaaten politische Gesichtspunkte bei der militärischen Zensur in den Vordergrund. Ende 1916 verhandelte Premierminister Lloyd George mit den Sozialdemokraten über einen Eintritt in die Regierung. Infolgedessen wurde eine gegen den radikalen *Labour Leader* gerichtete Untersuchung eingestellt¹⁷.

In Frankreich und Deutschland machte sich früh die mangelnde Koordination bemerkbar, die sich aus den eigenwilligen Propagandabemühungen verschiedener Regierungsressorts ergab¹⁸.

¹⁴ HOPKIN, a.a.O., S. 152 f.

¹⁵ Einer der beiden Direktoren seit Mai 1915 war Sir Edward COOK (a.a.O.). Vgl. WANDERSCHECK, Weltkrieg und Propaganda, S. 52 ff.

¹⁶ HUBER, a.a.O., S. 27. Die Maison de la Presse wurde seit Febr. 1916 von Briands Kabinettschef Philippe Berthelot geleitet.

¹⁷ HOPKIN, a.a.O., S. 161.

¹⁸ Vgl. Hans THIMME, a.a.O., S. 9.

Im Gegensatz zu den bürokratischen Regelungen der Kontinentalstaaten bemühte sich England von Anfang an um einen Ausgleich der politischen Interessen innerhalb des Kommunikationssystems. Die Journalisten wurden einerseits direkt ins Benehmen gezogen, und besonders vertrauenswürdige Publizisten erhielten regelmäßig wichtige Informationen¹⁹, eine Praxis, die auch modifiziert in andern Ländern zu finden ist.

Andererseits gelang es, wenn auch relativ spät, im Juni 1917 durch die Einrichtung eines beratenden Komitees für eine konzentrierte Bearbeitung der Öffentlichkeit zu sorgen. Lord Northcliffe und Lord Beaverbrook standen im Vordergrund dieser Bemühungen, insbesondere als es darum ging, die Vereinigten Staaten zu erhöhtem Kriegseinsatz zu bringen²⁰. Zu diesem Zeitpunkt erwiesen sich Zensur und Propaganda als eng verflochten. Den negativen Maßnahmen der Unterdrückung von unerwünschten Informationen standen in allen am Kriege beteiligten Staaten umfangreiche Bemühungen um die positive Beeinflussung der befreundeten und der feindlichen Öffentlichkeit gegenüber.

Pressepolitik in Deutschland

Mehr noch als in anderen Ländern scheinen die Propagandamaßnahmen im Deutschen Reich unter dem Gegeneinander der verschiedenen Instanzen gelitten zu haben. Erst im Oktober 1915 konnte mit der Gründung des Kriegspresseamtes eine gewisse Zusammenfassung durchgesetzt werden. Unter diesem Aspekt gewinnen die Berliner Pressekonferenzen, die seit 1914 regelmäßig, durchweg dreimal wöchentlich, stattfanden, eine erhöhte Bedeutung. Sie hatten die Funktion persönlicher Kontaktnahme zwischen den Vertretern der einzelnen Pressestellen und der Zensurbehörden sowie den Berliner Journalisten. Später wurden auch Vertreter der Provinzpresse hinzugezogen. Viel differenzierter als die Zensuranweisungen, die in großer Zahl erteilt wurden, lassen die Aufzeichnungen aus den Pressebesprechungen, die im Deutschen Zentralarchiv in Potsdam erhalten sind, Rückschlüsse auf die Tendenzen der deutschen Pressepolitik zu. Diese Aufzeichnungen liegen aus dem Zeitraum vom 15. März

¹⁹ HOPKIN, a.a.O., S. 156.

²⁰ THIMME, a.a.O., S. 15 ff. Vgl. auch Gerhard KRAUSE, Die britische Auslandspropaganda. Berlin 1940, S. 8 ff.; Hamilton FYFE, Northcliffe, an intimate biography. London 1930, S. 199 und 204 ff.; Tom CLARKE, My Northcliffe Diary. London 1931, S. 90 ff.; Alan WOOD, The True History of Lord Beaverbrook. London 1965, S. 117 ff.; Peter HOWARD, Beaverbrook. London 1964, S. 45 ff., und Kenneth YOUNG, Churchill and Beaverbrook. London 1966, S. 46 ff. Neuerdings A. J. P. TAYLOR, Beaverbrook. London 1972.

1915 bis 5. November 1918 fast lückenlos vor²¹. Die Pressekonferenzen dienten dazu, auf bestimmte Zensurinstruktionen nachdrücklich hinzuweisen, die Behandlung aktueller Fragen in den Zeitungen zu erörtern und Verstöße gegen Zensuranordnungen zu rügen.

Berücksichtigt man die Häufigkeit der Erwähnung einzelner Feindstaaten in den Aufzeichnungen aus den Berliner Pressekonferenzen, so lassen sich folgende Feststellungen treffen:

1. England findet in allen Kriegsjahren die bei weitem größte Beachtung. Der Grund mag darin liegen, daß England bis zum Kriegsbeginn in der deutschen öffentlichen Meinung nicht als natürlicher Gegner wie Frankreich angesehen wurde, die Berichterstattung also entsprechend unsicher schien, d. h. von der Pressepolitik »ausgerichtet« werden mußte. Gegenüber England leisteten sich die ansonsten relativ zurückhaltenden Behördenvertreter häufig propagandistische Entgleisungen. Einige in der Vorkriegsphase in Umlauf befindliche Stereotypen werden dabei förmlich ausgewalzt²². Da ist die Rede davon, daß *die Engländer von jeher ihre Schlachten von anderen haben schlagen lassen*²³, daß England einen Aushungerungskrieg gegen Deutschland führe²⁴, daß die Engländer eine naive Unverschämtheit auszeichne²⁵, daß die Engländer andere, insbesondere die Neutralen vergewaltigten und wegen ihrer Abhängigkeit von der Seefahrt unter Druck setzten, und daß England den Krieg aus brutalstem materiellem Egoismus führe²⁶. Wenn man dem englischen Volk auch starke Nerven zugesteht²⁷, so wird doch immer wieder die *Kulturlosigkeit der Engländer*, ihre *Scheinheiligkeit* und *Hinterlist*²⁸ ebenso herausgestellt wie *der englische Dünkel*²⁹. Neben Zynismus, Grausamkeit in der Seekriegsführung und Anmaßung wird die Unzuverlässigkeit Englands immer wieder hervorgehoben³⁰.

²¹ DZA Potsdam Reichskanzlei Nr 2441 und Reichsamt des Innern Nr 12328. K. KOSZYK, Pressepolitik, S. 69. Die Berliner Pressekonferenzen fanden seit dem 3. August 1914 auf Einladung des Generalstabes statt. Ständiger Leiter wurde bald Georg Schweitzer, Major der Reserve s. D. Vgl. G. SCHWEITZER, Nachrichtenwesen im Kriege. Berlin o. J. (1917/18); KOSZYK, a.a.O., S. 186 ff.

²² Vgl. K. KOSZYK, a.a.O., S. 90 f.

²³ DZA Potsdam RdI Nr 12 328, Bl. 56 (Az. Nr. 50 v. 13. 10. 1915) und Bl. 363 (Az. Nr. 272 v. 28. 6. 1917).

²⁴ ebda, Bl. 184 (Az. Nr 136 v. 8. 6. 1916) und Bl. 206 (Az. Nr. 154 v. 28. 7. 1916).

²⁵ ebda, Bl. 216 (Az. Nr 164 v. 21. 8. 1916).

²⁶ ebda, Bl. 220 (Az. Nr. 167 v. 28. 8. 1916), Bl. 297 (Az. Nr. 222 v. 10. 1. 1917), Bl. 302 (Az. Nr. 226 v. 19. 1. 1917).

²⁷ ebda, Bl. 258 (Az. Nr. 194 v. 30. 10. 1916).

²⁸ ebda, Bl. 274 (Az. Nr 204 v. 24. 11. 1916), Bl. 302 (Az. Nr 226 v. 19. 1. 1917), Bl. 308 (Az. Nr 229 v. 29. 1. 1917) und Bl. 368 (Az. Nr 274 v. 5. 7. 1917).

²⁹ ebda, Bl. 341 (Az. Nr 253 v. 23. 4. 1917).

³⁰ So überließ England angeblich die Zarenfamilie ihrem Schicksal, ebda, Bl. 335 Az. Nr 249 v. 10. 4. 1917).

2. Frankreich fand in der deutschen Presse, offenbar auf der Grundlage der traditionellen Feindschaft, die eindeutigste Behandlung, so daß die Pressepolitik weniger Richtlinien erteilen mußte. Im Gegensatz zu der emotional aufgeladenen Pressepolitik gegenüber England werden gegenüber Frankreich sachlichere Argumente verwendet. Man spricht davon, daß Elsaß-Lothringen der Hauptkriegsgrund für die Franzosen gewesen sei³¹, man beschäftigt sich polemisch mit den Vergeltungsmaßnahmen an Kriegsgefangenen und der Maßlosigkeit der französischen Kriegsziele³², mokiert sich über die *französische Eitelkeit* und muß doch *die überraschende Widerstandskraft der Franzosen*³³ anerkennen.
3. Auch gegenüber Rußland befließigt sich die amtliche Propaganda größerer Sachlichkeit. Rußland war nur in der ersten Phase des Krieges und während der Revolutionsmonate interessant³⁴.
4. Die Vereinigten Staaten werden durchweg sehr zurückhaltend behandelt und gewannen erst propagandistische Bedeutung, als ihr Eintritt in den Krieg drohte. Für die Behandlung der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten bestand ein *Gebot der Selbstbeherrschung*³⁵. Diese Vorsicht wurde auch nach Beginn des verschärften U-Boot-Krieges zunächst nicht aufgegeben³⁶. Erst als die Unvermeidlichkeit des amerikanischen Kriegseintritts klar war, sprach man von der Einmischung der USA in die europäischen Angelegenheiten³⁷. In der amerikanischen Politik sah das Auswärtige Amt³⁸ nunmehr zwei Triebkräfte:
 - a) die während des Krieges in immer steigendem Maße bewiesene Gegnerschaft gegen Deutschland, die schließlich zur offenen Kriegserklärung führe in dem Augenblick, wo Amerika das englische Weltreich als ernstlich gefährdet erkenne und aus Interessengemeinschaft mit England kein anderes Mittel als den Krieg sehe, um die britische Weltherrschaft zu retten, an der die USA dann gleichzeitig partizipieren wollten,
 - b) die militärische Großmachts- und Prestigepolitik – das sei in diesem Falle ein und dasselbe. Amerika brauche eine große Flotte und eine große Armee in der Hauptsache, um bei allen Ereignissen der Welt-

³¹ ebda, Bl. 94 (Az. Nr 70 v. 1. 12. 1915).

³² ebda, Bl. 218 (Az. Nr. 166 v. 25. 8. 1916), Bl. 222 (Az. Nr. 169 v. 1. 9. 1916) und Bl. 342 (Az. Nr 253 v. 23. 4. 1917).

³³ ebda, Bl. 362 (Az. Nr. 271 v. 25. 6. 1917).

³⁴ Vgl. dazu: Russische Lügen (o.O. 1915), eine 81seitige deutsche Propagandabroschüre.

³⁵ DZA Potsdam, a.a.O., Bl. 178 (Az. Nr. 130 v. 15. 5. 1916).

³⁶ ebda, Bl. 309 (Az. Nr. 230 v. 1. 2. 1917).

³⁷ ebda, Bl. 315 (Az. Nr. 233 v. 12. 2. 1917).

³⁸ ebda, Bl. 335 (Az. Nr. 249 v. 10. 4. 1917).

politik eine aktive Rolle zu spielen, ferner um Mexiko und Japan gegenüber energischer als bisher auftreten zu können, und schließlich, um beim Frieden kräftig an der Seite Englands mitzureden, mitzudrohen und »wohl auch mitzubluffen«. Wie man schon im Juni 1916 die Macht des Dollars in der amerikanischen Politik³⁹ hervorgehoben hatte, so wurde jetzt darauf hingewiesen, daß die amerikanische Regierung in allen Stadien des Krieges sich die Volksvertretung und das Volk gefügig gemacht habe⁴⁰.

Viele der auf den Berliner Pressekonferenzen anwesenden Journalisten werden ihre eigenen Gedanken darüber gehabt haben, was die offizielle Politik an Interpretationen und Argumenten lieferte.

Die Zensurpraxis ist vor dem Hintergrund der innenpolitischen Entwicklung im Deutschen Reich zu sehen, sie verläuft dementsprechend in Wellenbewegungen⁴¹. Im Februar 1916 erörterte die Berliner Pressekonferenz, ob es sinnvoll sei, noch weiter zusammenzukommen. Das Kriegspresseamt⁴² äußerte die Ansicht, daß sich die Besprechungen bewährt hätten, selbst wenn einige Indiskretionen vorgekommen seien.

Für die deutsche Pressepolitik bestanden zwei Probleme:

1. die Zulassung des Abdrucks von feindlichen Heeresberichten;
2. die Schwierigkeit, die deutschen Grenzen für unerwünschte Nachrichten zu sperren⁴⁴. Während England über Folkestone und Frankreich über Genf sämtliche Nachrichten leiteten, grenzte Deutschland an mehrere neutrale Staaten, insbesondere Holland und die Schweiz, die für den Durchgangsverkehr nicht gesperrt werden konnten. Es hätte einen dem Ergebnis nicht angemessenen Aufwand erfordert, um diese Grenzabspernung mit größtmöglicher Sicherheit zu gewährleisten.

Man appellierte deshalb immer wieder an die Selbstzucht der Presse, die, wie das Auswärtige Amt am 18. Mai 1916 feststellte, zu wünschen übrig ließ. Die Führer der Entente würden keine *so anmaßende Sprache gegen Deutschland* führen, *wenn nicht das dauernde Friedensgestöhne und öffentliche Nachrichten über Krawalle und Lebensmittelnot diese falsche Auffassung von den bei uns herrschenden tatsächlichen Verhältnissen und Wünschen begründet hätten*⁴⁵.

³⁹ ebda, Bl. 191 (Az. Nr. 142 v. 29. 6. 1916).

⁴⁰ ebda, Bl. 265 (Az. Nr. 265 v. 4. 6. 1917), eine Argumentation, die auch gegen die in Deutschland einsetzenden Demokratisierungsprozesse zielte.

⁴¹ Vgl. K. Koszyk, a.a.O., S. 170 ff.

⁴² DZA Potsdam, a.a.O., Bl. 133 (Az. Nr. 98 v. 11. 2. 1916).

⁴³ Auf österreichischen Wunsch wurde nur einmal der russische Heeresbericht vom 11. 6. 1916 unterdrückt, dann aber doch freigegeben; ebda, Bl. 185 und 186 (Az. Nr. 137 v. 13. 6. u. Nr. 138 v. 15. 6. 1916).

⁴⁴ ebda, Bl. 103 (Az. Nr. 77a v. 17. 12. 1915).

⁴⁵ ebda, Bl. 179 (Az. Nr. 131 v. 18. 5. 1916).

Als eine der Ursachen für diese Art der Berichterstattung wurde vom Oberkommando des Heeres die zunehmende Amerikanisierung in der deutschen Presse bezeichnet. Die deutsche Presse zeige seit Kriegsbeginn mehr und mehr die Tendenz, – und hier ist tatsächlich ein tiefgreifender Wandel in der journalistischen Technik zu verzeichnen – durch fettgedruckte, zum Teil sensationelle Überschriften auf den Leser eine Wirkung auszuüben, die nicht gut zu heißen sei. Diese an amerikanische Verhältnisse erinnernde Redaktionstechnik erkläre sich aus dem häufigen Erscheinen der Blätter in den USA und aus der Jagd nach dem Penny, Gesichtspunkte, die bei der deutschen Presse fortfielen⁴⁶.

Bei anderer Gelegenheit zog der Admiralstab auf der Berliner Pressebesprechung die Konsequenz aus den Erfahrungen fast zweijähriger Kriegspropaganda: *Je länger der Krieg dauert, desto mehr wird er auch ein Krieg zwischen den Nerven, den Stimmungen, der öffentlichen Meinungen, der Presse und schließlich der Verwertung und Aufmachung der Nachrichten in den kriegführenden und auch den neutralen Ländern. Es besteht kein Zweifel darüber, daß dieselbe Nachricht je nach ihrer Aufmachung einen völlig verschiedenen Eindruck auf den Leser hervorrufen kann. In einer für die deutsche Sache ungünstigen Aufmachung von Nachrichten leisten die feindliche und der uns unfreundlich gesinnte Teil der neutralen Presse Erstaunliches. Wir sollten sie dabei nicht noch unterstützen*⁴⁷.

Immer wieder wurde an die Einsicht der Journalisten appelliert und die Oberste Heeresleitung hoffte daher mit Zuversicht darauf, daß die Presse auf dem Gebiet der . . . Aufklärungsarbeit immer neue Mittel und Wege finden wird, um den Willen zum Siege noch weiter zu stählen und damit auch die geistige Kraft der Heimat zu einer immer schärferen Waffe gegen den Feind zu machen, der unsere Vernichtung will, der aber, wenn wir nur alle treu auf dem Posten sind, mit allem seinem äußeren Druck nichts weiter erreichen wird, als die deutsche Nation nur immer fester zusammenzuschmieden und damit ihre Unüberwindlichkeit zu besiegeln⁴⁸.

Die Folge des ständigen Gängelns durch die Zensur war eine große Unsicherheit unter den Journalisten. Es gab zu viele von der Augenblickssituation bestimmte Ausnahmen von den Zensuranweisungen, als daß die Redaktionen in jedem Augenblick hätten entscheiden können, ob sie sich richtig verhielten. Diese Unsicherheit war nicht zuletzt ein Ergebnis des Machtkampfes zwischen den politischen und den militärischen Instanzen. Die große Wirnis auf dem Gebiet der Presseaufsicht, die der Chef

⁴⁶ ebda, Bl. 175 (Az. Nr. 128 v. 8. 5. 1916).

⁴⁷ ebda, Bl. 187 (Az. Nr. 139 v. 19. 6. 1916).

⁴⁸ ebda, Bl. 232 (Az. Nr. 178 v. 22. 9. 1916).

der Nachrichtenabteilung beim Chef des Generalstabs des Feldheeres auf der wichtigen Zensurbesprechung am 4. April 1917 im Reichstagsgebäude indirekt eingestand⁴⁹, wurde von der deutschen Pressepolitik bis zur Katastrophe vom November 1918 nicht überwunden. Sie ergab sich aus dem Dilemma, vor dem die militärische und die politische Kriegführung des Deutschen Reiches in Anbetracht der Kräfteverhältnisse und der besonderen Lage Deutschlands seit 1914 stand. Pressepolitik und Propaganda sind in diesem Sinne nur Symptome für das allgemeine Geschehen zwischen 1914 und 1918.

⁴⁹ ebda, Bl. 330.